

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2015

Wirtschaftschronik. II. Quartal 2015

Die Verlängerung der EFSF-Hilfe für Griechenland muss in diesem Quartal beschlossen werden, 16 Mrd. € könnten noch ausgezahlt werden. Mitte Juni legt die griechische Regierung Reformvorschläge vor, die mit der Maßnahmenliste der Gläubiger-Institutionen die Verhandlungsbasis bilden sollen. Ende Juni werden die Verhandlungen abgebrochen, der griechische Ministerpräsident Tsipras kündigt eine Volksabstimmung über die Reformen für 5. Juli 2015 an. Die EZB unterstützt das griechische Bankensystem mit Liquidität. Um den anhaltenden Geldabflüssen entgegenzuwirken, werden Kapitalverkehrskontrollen angekündigt. Die Banken bleiben ab 29. Juni 2015 geschlossen. – Das österreichische Stabilitätsprogramm wird an den Rat der Europäischen Union und an die Kommission weitergeleitet. Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzrahmengesetz 2016-2019. Um eine Zahlungsunfähigkeit des Landes Kärnten zu verhindern, sagt die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur einen Kredit zu. Das Münchner Landesgericht verurteilt die Abbaugesellschaft der Hypo Alpe-Adria-International AG (Heta Asset Resolution AG) zur Zahlung von 2,6 Mrd. € an die Bayerische Landesbank.

Calendar of Economic Events. Second Quarter 2015

In this quarter it was to decide whether to continue EFSF aid for Greece, which involved € 16 billion in additional funds. In mid-June, the Greek government submitted reform proposals which were to be used as a basis for negotiations together with a list of measures drawn up by the creditors. At the end of June, negotiations were broken off and Mr. Tsipras, the Greek prime minister, announced that a referendum on the reforms would be held on 5 July 2015. The ECB provided liquidity to the Greek banks. In order to block off the outflow of money, controls were introduced on the movement of capital. The banks closed on 29 June 2015. – The Austrian stability scheme was sent to the Council of the European Union and passed on to the Commission. The Austrian National Council adopted the Federal Finances Framework Act for 2016-2019. The Austrian Federal Financing Agency granted a loan to prevent Carinthia from becoming bankrupt. The Regional Court of Munich passed judgment that the bad bank set up for Hypo Alpe-Adria-International AG (Heta Asset Resolution AG) had to pay € 2.6 billion to Bayerische Landesbank.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. Juni 2015.

Begutachtung: Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

9. April: Die griechische Regierung zahlt eine fällige Anleihe tranche von 460 Mio. € an den internationalen Währungsfonds zurück.

Griechenland: Rückzahlung

15. April: EZB Präsident Draghi bestätigt anlässlich einer Pressekonferenz, dass das Expanded Asset Purchase Programme (EAPP)¹⁾ weitergeführt wird, bis die Preisstabilität den Vorstellungen der EZB entspricht. Die expansive Geldpolitik, der niedrige Erdölpreis sowie der niedrige Wechselkurs des Euro wirken positiv auf die Konjunktur im Euro-Raum.

EU: Anleihenkaufprogramm

Standard & Poor's stuft griechische Staatsanleihen aufgrund der Verzögerungen der Verhandlungen mit den Kreditgebern von B- auf CCC+ herunter. Die Ziele des Konsolidierungsprogrammes wurden nicht eingehalten: 2014 hätte das Defizit des Staatshaushaltes höchstens –1,7% des BIP betragen dürfen, das griechische Statistische Amt Elstat weist nun ein Haushaltsdefizit von –3,5% aus.

Griechenland: Rating

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2015", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(4), S. 262, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/57926>.

IWF und Weltbank: Ebola-Epidemie

17. April: Anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank fordern Guinea, Liberia und Sierra Leone 8 Mrd. \$ an Finanzhilfe, um die Folgen der Ebola-Epidemie zu bewältigen. Das Gesundheitssystem soll ausgebaut werden, um künftig gegen solche Epidemien besser gerüstet zu sein. 70% der Bevölkerung sind von Nahrungsmittelknappheit betroffen. Die Weltbank hat bereits 650 Mio. € an Hilfe zugesagt.

EU: Google

Die EU-Wettbewerbskommissarin Vestager wirft dem Konzern Google Marktmissbrauch durch Privilegierung der eigenen Verkaufsangebote vor. In einem seit 2010 laufenden Wettbewerbsverfahren muss Google jetzt auf das "Statement of Objection" der EU reagieren.

IWF und Weltbank: USA

20. April: Anlässlich der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank werden die USA aufgefordert, die Quotenregelung von 2010²⁾ zu ratifizieren. Die neue Gewichtung würde den Schwellenländern mehr Gewicht verleihen.

Griechenland: Sonderkonto

Ein Erlass des griechischen Finanzministeriums zwingt mit sofortiger Wirkung alle Körperschaften des öffentlichen Rechtes (ausgenommen Sozialversicherungen), ihre liquiden Mittel auf ein Sonderkonto der griechischen Zentralbank zu überweisen. Zu Monatsende werden Auszahlungen von 1,9 Mrd. € für Pensionen und die Gehälter von Staatsangestellten sowie eine Zinszahlung an den IWF von 189 Mio. € fällig.

China: Zinssatzsenkung

Die Chinesische Notenbank kündigt eine Senkung des Mindestreservesatzes für die Banken um 100 Basispunkte auf 18,5% an. Ländliche Regionen profitieren von einer weiteren Senkung um 50 Basispunkte; für die im Agrarbereich tätigen Banken wird eine Senkung um 20 Basispunkte beschlossen. Die Peoples's Bank of China regiert damit auf die Abflachung des Preisauftriebes: Die Inflationsrate lag im März 2015 mit 1,4% damit deutlich unter dem Ziel von 3%.

EU: Gazprom

22. April: In einem 2012 eröffneten Verfahren gegen den russischen Gaslieferanten Gazprom wirft die Europäische Kommission dem Konzern Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht vor (Marktabschottung, marktbeherrschende Stellung und unlautere Preispolitik). Die EU bezieht 30% des Erdgasbedarfs von Gazprom; in einigen Ländern (Bulgarien, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, baltische Länder) ist dieser Anteil wesentlich höher.

Griechenland: Finanzhilfe

24. April: Griechenland legt nicht wie gefordert anlässlich des Treffens der Finanzminister der Euro-Länder eine Reformliste vor, die Grundlage für die Freigabe der Finanzhilfe von 7,2 Mrd. € gewesen wäre. Der Vorschlag des griechischen Verhandlers, auf Basis einer Teileinigung mit der Auszahlung zu beginnen, wird von den anderen Euro-Ländern abgelehnt.

Der Präsident der EZB Mario Draghi versichert, weiterhin ELA-Kredite (Emergency Liquidity Assistance) zu gewähren, solange ausreichend Sicherheiten (griechische Staatsanleihen) hinterlegt werden, es steige jedoch die Risikoprämie der Sicherheiten. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit hat in Griechenland einen beträchtlichen Abfluss von Bankeinlagen zur Folge.

Deutsche Bank: Libor-Manipulationen

25. April: Die Deutsche Bank schließt im Zusammenhang mit dem Vorwurf, manipulierend auf die Interbanksätze eingewirkt zu haben (Libor-Skandal), mit den Behörden der USA und Großbritanniens einen Vergleich und verpflichtet sich, 2,5 Mrd. € zu zahlen.

Griechenland: Finanzhilfe

11. Mai: Anlässlich des regulären Treffens der Finanzminister der Euro-Länder in Brüssel wird die griechische Regierung aufgefordert, ihre Verhandlungen mit den Gläubigern zu beschleunigen. Der Vorsitzende der Euro-Gruppe Jeroen Dijsselbloem betont, dass die Umsetzung von Verhandlungsergebnissen beginnen müsse, bevor Auszahlungen beschlossen werden.

Griechenland: Rückzahlung

12. Mai: Griechenland leistet eine fällige Rückzahlung von 750 Mio. € an den Internationalen Währungsfonds.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2010", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(1), S. 32, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/41148>.

Die People's Bank of China senkt die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Der Zinssatz für die Kreditvergabe liegt nun bei 5,2%, jener für Spareinlagen bei 2,25%.

13. Mai: Gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt empfiehlt die Europäische Kommission dem Rat, das Defizitverfahren für Polen und Malta zu schließen und Großbritannien aufzufordern, sein exzessives Defizit 2016/17 zu korrigieren. Für Finnland wird der nächste Schritt eines Defizitverfahrens empfohlen, da das Haushaltsdefizit für die Jahre die 3%-Marke in den Jahren 2014, 2015 und 2016 übersteigt. Die Schuldenquote wird 2016 über 60% erreichen.

18. Mai: Die Außen- und Verteidigungsminister der EU-Länder etablieren die Initiative European Union Naval Force – Mediterranean (EU NAVFOR Med), ein mehrstufiges Programm zur Bekämpfung des Menschenenschmuggels und der Menschenhandelsnetze, um die illegalen Migrationsströme nach Europa zu unterbinden.

19. Mai: Anlässlich eines Besuches in Brasilien sagt der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang Infrastrukturinvestitionen von 53 Mrd. \$ zu.

20. Mai: In Brüssel nimmt die Brussels Group (die Gläubiger Europäische Kommission, EZB, IWF, und ESM sowie die Vertreter Griechenlands) die Verhandlungen über ein Reformprogramm für Griechenland wieder auf.

Die Behörden der USA verurteilen 5 Großbanken (Citicorp, Barclays PLC, JPMorgan Chase & Co, Royal Bank of Scotland plc und UBS AG) wegen der Absprachen bei der Festlegung von Referenzwechsellkursen (Dollar-Euro-Wechselkurs) und Referenzzinssätzen (Libor) zu Strafzahlungen von 6 Mrd. \$.

21. Mai: Ein seit 4. Mai 2015 anhaltender Streik der deutschen Lokführer wird beendet. Bis zum Ende der Schlichtungsgespräche verpflichtet sich die Gewerkschaft, keine weiteren Streiks auszurufen.

22. Mai: In Riga findet der EU-Ost-Gipfel statt. Die Partner des Assoziierungsabkommens, Ukraine, Georgien und Moldawien, erwarten konkrete Zusagen für EU-Beitrittsperspektiven. In den EU-Ländern zeigt sich jedoch eine "Erweiterungsmüdigkeit".

3. Juni: Anlässlich des Treffens des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission Juncker nach einer Beratung zwischen Tsipras, Merkel, Hollande und Dijsselbloem legen die Kreditgeber einen Vorschlag über ein Reformpaket sowie Griechenland ein Reformpapier vor. Beide Papiere sind nicht öffentlich.

4. Juni: Die griechische Regierung beantragt beim IWF, die für Juni fälligen Tilgungsraten für Kredite zu bündeln und mit einer Zahlung am Monatsende zu leisten. Am 6. Juni wäre eine Rate von 300 Mio. € fällig, deren Zahlung bisher nie in Frage gestellt wurde.

7.-8. Juni: Die Staats- und Ministerpräsidenten der G7 sprechen sich anlässlich des Treffens in Elmau für den Verbleib Griechenlands in der Währungsunion aus. Die griechische Regierung müsse sich aber zum Vorschlag der Kreditgeber äußern. Griechenland müsse aus eigenem Interesse seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Gegen das seit einem Jahr verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) entsteht in Europa Widerstand: Das Investitionsschutzabkommen sieht im Falle von Streitigkeiten private Schiedsgerichte vor. Konzerne könnten so Schadenersatz für unliebsame Gesetze bewirken und auf diese Weise Druck auf Regierungen ausüben. Die USA wollen an den Buy-american-Regeln für öffentliche Ausschreibungen festhalten, wobei auf Bundesebene der Markt für Anbieter aus der EU geöffnet werden könne, nicht jedoch in den Bundesstaaten. Die Länder werden aufgefordert, die Transparenz über Umwelt- und Arbeitsbedingungen in den Lieferketten zu verbessern; der Druck der Konsumenten erweist sich hier als zielführender als Aufforderungen durch staatliche Stellen. Abermals bekennen sich die Teilnehmer zu einem Abschluss der Doha-Welt handelsrunde. Gemäß der Abschlusserklärung soll der Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur gegenüber der Zeit vor Beginn der Industrialisierung unter 2°C gehalten werden: alle Länder sollen einen kohlenstoffarmen Entwicklungspfad einhalten. Der Klimafonds, der vor allem Projekte in Schwel-

China: Leitzinssatzsenkung

EU: Defizitverfahren

EU NAVFOR Med

China: Brasilien

Griechenland: Verhandlungen

USA: Libor-Manipulationen

Deutschland: Bahnstreik

EU: Ostpartnerschaft

Griechenland: Reformvorschläge

Griechenland: Rückzahlungen

Griechenland: Verhandlungen

EU-USA: TTIP

lenländern finanzieren soll, wird von derzeit 10 Mrd. \$ bis 2020 auf 110 Mrd. \$ erhöht werden.

Griechenland: Reformvorschlag

9. Juni: Die griechische Regierung legt erneut einen Reformvorschlag vor, der für die Jahre 2015 bis 2017 einen Primärüberschuss³⁾ des Staates von 0,75%, 1,75% und 2,5% vorsieht, die Gläubiger gehen in ihrem Reformpapier von einem Primärüberschuss 2015/2017 von 1%, 2% und 3% aus. Strittig ist auch der Vorschlag der Kreditgeber, den Mehrwertsteuersatz von einem derzeit dreistufigen Tarif (6,5%, 13%, 23%) auf einen zweistufigen Tarif (23%, 11%) zu ändern – das griechische Papier sieht die Verringerung der Sätze auf 6%, 13% und 23% vor. Durch eine Neuregelung der Frühpensionen könnte nach Ansicht der Gläubiger jährlich 1% des BIP eingespart werden; diese würde die griechische Regierung aber erst frühestens 2016 umsetzen. Im Falle einer Einigung könnten Finanzmittel, die derzeit für die Bankenhilfe zur Verfügung stehen (10,9 Mrd. €), einem anderen Verwendungszweck zugeführt werden.

EU: Lateinamerika

10. Juni: Der Lateinamerikagipfel zwischen der EU, Ländern Lateinamerikas und der Karibik hat die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft und eine prosperierende, durch Zusammenhalt geprägte und nachhaltige Gesellschaft zum Ziel. In den Bereichen Klimawandel, Bekämpfung des Drogenhandels und Entwicklungsagenda wird eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Zum Ausbau der direkten transatlantischen Breitbandverbindung zwischen Lateinamerika und der EU durch Verlegung eines neuen Glasfaserkabels kündigt die EU einen Beitrag von 25 Mio. € an.

EU: TTIP

Eine geplante Abstimmung im Europäischen Parlament über eine Resolution zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) wird verschoben, da im Handelsausschuss Uneinigkeit über den Investorenschutz besteht und weitere Diskussionen notwendig sind.

Großbritannien: Rating

12. Juni: Standard & Poor's setzt den Ausblick für die Wirtschaft Großbritanniens von stabil auf negativ. Bei einem Austritt aus der EU wäre die Finanzierung des Defizits des Staatshaushaltes und der Leistungsbilanz gefährdet.

Griechenland: Verhandlungen

13.-14. Juni: Ein Vermittlungsversuch des Präsidenten der Europäischen Kommission Juncker über das Reformpaket zwischen den Gläubiger-Institutionen und der griechischen Regierung scheitert.

EU: OMT-Programm

16. Juni: Gemäß einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes ist das von der EZB im September 2012 angekündigte OMT-Programm mit dem Unionsrecht vereinbar: Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB auf den Sekundärmärkten überschreitet nicht die währungspolitischen Befugnisse der EZB und verstößt nicht gegen das Verbot der monetären Finanzierung von Mitgliedstaaten⁴⁾.

EU: Bankenaufsicht

17. Juni: Das Europäische Parlament einigt sich auf einen Gesetzestext, mit dem Hedge-Fonds, Geldmarktfonds, spezielle Börsen- und Investmentinstrumente ("Schattenbanken") reguliert und unter Aufsicht gestellt werden.

EU: Russland-Sanktionen

Die Europäischen Länder verlängern ihre aufgrund der Ukraine-Russland-Krise verhängten Sanktionen gegen Russland bis Ende Jänner 2016.

Griechenland: ELA

19. Juni: Wegen der umfangreichen Geldabflüsse aus dem griechischen Bankensystem erhöht die Europäische Zentralbank die Emergency Liquidity Assistance⁵⁾ um weitere 1,8 Mrd. € auf 85,9 Mrd. €. Innerhalb der letzten Woche wurden 4 Mrd. €, an einem Tag allein 1 Mrd. € abgehoben.

EU: Trennbanken-Regel

Ein von den Finanzministern der EU-Länder einstimmig angenommener Verordnungsvorschlag sieht vor, dass systemrelevante Banken den Handel mit Finanzinstrumenten und Rohstoffen auf eigene Rechnung (Eigenhandel) in wirtschaftlich selbständige Einheiten ausgliedern müssen (Trennbanken-Regel). Eine Ausnahmeklausel ermöglicht Großbritannien die Beibehaltung der nationalen Vorschriften, die bereits das Kerngeschäft von risikoreichen Geschäftsbereichen trennt.

³⁾ Überschuss des Staatshaushaltes vor Zinszahlungen.

⁴⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(10), S. 784, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/45581>.

⁵⁾ Kredite auf eigenes Risiko der griechischen Notenbank, die an das Bankensystem weitergegeben werden.

Anlässlich eines Besuches des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras beim russischen Präsidenten Putin wird eine Absichtserklärung über die Verlängerung der geplanten Erdgaspipeline Turkish Stream bis 2019 durch Griechenland unterzeichnet. Die russische Staatsbank VEB stellt für das Projekt 2 Mrd. € in Aussicht.

22. Juni: Die griechische Regierung legt den Teilnehmern des Euro-Gipfels Reformvorschläge vor.

Vodafone, Deutsche Telekom und Telefonica Deutschland ersteigern Frequenzblöcke um 5 Mrd. €. Die Versteigerung der UMTS-Frequenzen im Jahr 2000 brachte 50,8 Mrd. €.

24. Juni: Russland verlängert den anlässlich im August 2014 verhängten Importstopp für Lebensmittel und Agrarprodukte aus der EU um ein Jahr.

25. Juni: Anlässlich des EU-Gipfeltreffens wird neben der Griechenland-Krise diskutiert, wie 40.000 Asylsuchende zwischen den EU-Ländern aufzuteilen wären. Bis Ende Juli sollen Modalitäten und Kriterien für einen Verteilungsschlüssel erarbeitet werden.

Um die Liquidität des griechischen Bankensystems zu gewährleisten, erhöht die EZB neuerlich den Umfang der ELA (auf 90 Mrd. €).

26. Juni: Die Verhandlungen über eine letzte Fassung der Maßnahmenliste der Gläubiger-Institutionen als Grundlage zur Verlängerung der Finanzhilfe an Griechenland werden von Griechenland abgebrochen. Der griechische Ministerpräsident kündigt eine Volksabstimmung über die Reformen für 5. Juli 2015 an und möchte eine Verlängerung des Hilfsprogrammes.

Der Kongress der USA stimmt für die Trade Promotion Authority (TPA). Damit kann bis 2018 ein ausgehandeltes Handelsabkommen im Ratifizierungsprozess durch den Kongress nicht abgeändert, sondern nur angenommen oder abgelehnt werden. Gestärkt durch dieses Mandat kann der Präsident die Handelsabkommen Transpazifische Partnerschaft (TPP) und Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) weiter verhandeln.

27. Juni: Nach der Ankündigung der Volksabstimmung über das Hilfsprogramm teilt der Vorsitzende der Euro-Gruppe Dijsselbloem mit, dass Griechenland den Vorschlag der Gläubiger abgelehnt und den Verhandlungsprozess abgebrochen hat.

28. Juni: In Griechenland bleiben die Banken ab 29. Juni 2015 geschlossen; bis 6. Juli 2015 können Kontoinhaber täglich nur 60 € abheben. In einer Sondersitzung lehnt die EZB eine weitere Aufstockung der Sonderkredite für Griechenland um 6 Mrd. € ab.

Nach der Leitzinssatzsenkung um 25 Basispunkte Anfang Mai 2015 führt die Peoples's Bank of China eine weitere Senkung um 25 Basispunkte durch. Der Zinssatz für die Kreditvergabe beträgt nun 4,85%, für Spareinlagen 2%. Zur Förderung der Investitionen der Exportwirtschaft wird der Mindestreservesatz für Banken, die Kredite an landwirtschaftliche und kleine Betriebe vergeben, um 50 Basispunkte gesenkt.

29. Juni: In Peking unterzeichnen Vertreter von 50 Ländern den Gründungsvertrag der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Am Grundkapital von 100 Mrd. \$ halten China 30,3%, die EU 19,4%, Indien 8,5%, Russland 6,7% und Deutschland 6,6%; der Anteil der asiatischen Länder soll nie unter 70% sinken. Die Bank wird spätestens Anfang 2016 die Arbeit aufnehmen.

30. Juni: Griechenland leistet die fällige Rückzahlung von 1,54 Mrd. € an den IWF nicht. Das EFSF-Programm läuft aus. Nach langen Verhandlungen scheitert ein Abkommen zwischen den Gläubiger-Institutionen und Griechenland über die Bedingungen für weitere Auszahlungen. Somit gelangen 16 Mrd. € an Hilfszahlungen der Institutionen nicht zur Auszahlung. Eine weitere Forderung Griechenlands, Finanzmittel aus dem ESM für 2 Jahre zu erhalten, lehnen die Euro-Länder ab.

Griechenland: Erdgas-pipeline

Griechenland: Reform-vorschläge

Deutschland: UMTS- Frequenzen

Russland: Sanktionen

EU: Asylsuchende

Griechenland: Verhand-lungen

USA: Trade Promotion Authority

Griechenland: Verhand-lungen

Griechenland: Banken

China: Leitzinssatzsenkung

Asian Infrastructure Invest-ment Bank

Griechenland: Rückzahlung

2. Österreich

Garantiemengenregelung
Milch

1. April: Die Garantiemengenregelung für die Erzeugung und Anlieferung von Milch läuft aus. Die Quotenregelung der Europäischen Gemeinschaft wurde 1984 zur Beschränkung der Milchproduktion eingeführt und durch die Europäische Union 1993 übernommen.

Stabilitätsprogramm 2015

21. April: Das österreichische Stabilitätsprogramm 2015 (Fortschreibung für die Jahre 2014/2019) wird im Ministerrat beschlossen und an den Rat der Europäischen Union und an die Europäische Kommission weitergeleitet. Die langfristige und stabilitätsorientierte Budget- und Wirtschaftspolitik für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigung ist auf vier strategische Ziele ausgerichtet:

- eine umfassende Steuerreform,
- eine konsequente Fortsetzung der strukturellen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte,
- eine Fortführung der Strukturreformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Förderungen, Pensionen und Arbeitsmarkt,
- die Forcierung von Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, Universitäten, Forschung und Entwicklung und Infrastruktur für eine Steigerung von Wachstum und Beschäftigung.

Finanzausgleich: Verhandlungen

27. April: Die Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beginnen. Fünf Arbeitsgruppen und eine Lenkungsgruppe sollen bis Mitte 2016 Vorschläge für die Verteilung von 80 Mrd. € an Steuergeldern, grundsätzliche Reformen sowie eine mögliche Steuerautonomie der Länder erarbeiten. Die Arbeitsgruppen werden sich u. a. mit der Krankenanstaltenfinanzierung, der Pflegefinanzierung, der Aufgabenorientierung und der Transparenz der Geldflüsse zwischen den Gebietskörperschaften beschäftigen.

Heta: Urteil

8. Mai: Das Landesgericht in München verurteilt die Abbaugesellschaft der Hypo Alpe-Adria-International AG (Heta Asset Resolution AG) zu einer Zahlung von 2,6 Mrd. € an die Bayerische Landesbank. Diese hatte an ihre damalige Tochter Hypo Alpe Adria Großkredite vergeben; Österreich bedient diese Kredite seit 2012 nicht mehr und beruft sich auf das Eigenkapitalersatzgesetz, wonach Kredite an ein Bankinstitut während dessen Sanierung nicht zurückzuzahlen sind.

Kärnten: Liquidität

19. Mai: Finanzminister Schelling sagt dem Land Kärnten einen Kredit der ÖBFA von 350 Mio. € zu, damit das Land 2015 zahlungsfähig bleibt, da es auf dem Kapitalmarkt keine Mittel aufnehmen kann. Das Land hat Haftungen für Anleihen der Heta (Abbaugesellschaft der Hypo Alpe-Adria-International AG) von 10,2 Mrd. € bei Jahreseinnahmen von 2,2 Mrd. € ausständig. Ein Konkurs Kärntens wurde von der Bundesregierung ausgeschlossen, dennoch beabsichtigt der Bund nicht für die Verpflichtungen Kärntens einzustehen.

Übersicht 1: Defizit und Verschuldung des Gesamtstaates

	2015	2016	2017 In% des BIP	2018	2019
Maastricht-Defizit	- 2,2	- 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,5
Strukturelles Defizit	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,4
Primärsaldo	0,1	0,5	0,7	1,0	1,4
Öffentliche Verschuldung	86,8	85,7	84,1	82,2	79,7

Q: Statistik Austria, Österreichisches Stabilitätsprogramm 2014-2019; WIFO.

Bundesfinanzrahmengesetz
2016 bis 2019

20. Mai: Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzrahmengesetz 2016 bis 2019, mit dem die Ausgabenobergrenzen für die Ressorts festgelegt werden. Ziele und Schwerpunkte des Finanzrahmens sind eine stabilitätsorientierte Budgetpolitik und wachstumsfördernde Maßnahmen. Zusätzliche Offensivmaßnahmen im Ausmaß von rund 3 Mrd. € über die gesamte Periode (Sicherheitspaket Innenministerium 288 Mio. €, Zusatzinvestitionen Landesverteidigung 350 Mio. €, Universitäten und Fachhochschulen 920 Mio. €, Ausbau des Breitbandnetzes 900 Mio. €, Beschäfti-

gungsinitiative 50+ 500 Mio. €, Förderung der Kurzarbeit 80 Mio. €) sollen dazu beitragen. 2016 tritt die Steuerreform in Kraft; sie sieht Entlastungen von insgesamt 5,2 Mrd. € vor und erfordert eine Gegenfinanzierung, um das Konsolidierungsziel eines strukturellen Defizits von höchstens 0,45% des BIP ab 2016 zu erreichen. Wegen der Konjunkturschwäche sinkt das Maastricht-Defizit langsamer als in der jüngsten mittelfristigen Budgetplanung vorgesehen (2015: 2,2% statt 1,9% des BIP); es wird erst bis 2019 auf 0,5% des BIP sinken, im Stabilitätsprogramm 2013/2018 ist dieser Wert bereits für 2018 vorgesehen. Nach einem Höchstwert der öffentlichen Verschuldung von 86,8% im Jahr 2015 wird diese Quote bis 2019 auf 79,7% sinken.